

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 74. JG, SEPTEMBER 2023

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Wir müssen alle Bereiche der SPÖ mit Demokratie durchfluten!“

Bundesparteivorsitzender
Andreas Babler im Interview

Seite 8/9

Mitbestimmung:

Die Sozialdemokratie und die Stärke ihrer Mitglieder

Seite 6/7

Vor Ort:

Vielfalt als Schlüssel zum Erfolg

Seite 11

Medien:

Die „vierte Gewalt“ im Rampenlicht

Seite 13



„In einer Welt, in der
viele aus den Fugen
gerät, sind Sicherheit
und Stabilität von
unschätzbarem Wert.“

Wir schaffen mehr Wert.

Die HYPO Oberösterreich ist ein verlässlicher regionaler Partner. Gemeinsam mit unseren Kundinnen und Kunden haben wir schon viele Herausforderungen gemeistert. Als erfolgreiche und starke Bank des Landes Oberösterreich haben wir ein Fundament wie kaum ein anderes Institut. Das ist Stabilität, die Sicherheit schafft.

www.hypo.at/werte

HYPO
OBERÖSTERREICH



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation stattfinden kann?

Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere 300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen.



 Folgen Sie uns auf Facebook &
 Instagram // @centrallinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen &
zur Vermietung unter
www.centrallinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199

Was steckt hinter Bablers „Unsere Leut“?



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Bei der diesjährigen Eröffnung der Bregenzer Festspiele hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen den politischen Populismus und die damit konstruierte gesellschaftliche Spaltung kritisiert. Gut nachvollziehbar ist diese Kritik in Bezug auf die Freiheitlichen, die ständig zwischen In- und Ausländer:innen einen Keil treiben und eine „Festung Österreich“ bauen wollen. Auch bei der Unterscheidung zwischen „Normalen“ und „Unnormalen“ der ÖVP lässt sich die Intention der Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gut zeigen.

Van der Bellen hat auch Andreas Babler für den Begriff „unsere Leut“ kritisiert. Babler bezeichnet damit die „kleinen Leute“ in der Gesellschaft - die ohne Privilegien, ohne großen Besitz und ohne Einfluss. Babler signalisiert so, dass es Aufgabe

der Sozialdemokratie sei, die Interessen dieser Leute zu vertreten. Daher hat dieses „unsere Leut“ zumindest zwei richtige Intentionen. Erstens benennt es eine real existierende Spaltung der Gesellschaft zwischen den paar Prozent Reichen und Mächtigen auf der einen Seite und den Vielen auf der anderen Seite, die von ihrer täglichen Arbeit leben. Zweitens zeigt das „unsere Leut“, dass Politik nicht einfach für alle gemacht werden kann, sondern bei unterschiedlichen Interessen eben für bestimmte Gruppen.

Also alles gut mit dem „unsere Leut“ von Andreas Babler? Nein, denn der Begriff braucht anscheinend immer einen Beipackzettel zur Erklärung.

Die Kritik des Bundespräsidenten trifft inhaltlich und politisch Andreas Babler nicht. Die Kritik des konkreten Wortings ist allerdings berechtigt.

„Babler bezeichnet damit die „kleinen Leute“ in der Gesellschaft - die ohne Privilegien, ohne großen Besitz und ohne Einfluss.“

Inhalt

- 4 **Demokratisierung:** Was es für eine Mitmachpartei endlich braucht, präsentiert Lea Six.
- 6 **Mitbestimmung:** Bernd Dobesberger spricht über die Macht der Mitglieder der Sozialdemokratie.
- 8 **Interview:** Andreas Babler gibt einen Einblick in das Comeback der SPÖ.
- 10 **Marxismus:** Was es mit diesem Begriff auf sich hat, erklärt Eva Reiter.
- 11 **Vor Ort:** Warum Vielfalt im Gemeinderat eine politische Strategie ist, darüber spricht Lukas Russ.
- 12 **Wahlen:** Hannes Heide warnt vor dem gefährlichen Desinteresse an der EU-Wahl.
- 13 **Medien:** Theresa Schobesberger erzählt von der Rolle der Medien in einer funktionierenden Demokratie.



4



8



11



12



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“ Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobesberger, Manuela Hiesmair, Georg Hubmann, Annemarie Obermüller, Iris Ratztenböck-Höllner, Lukas Russ, Nicole Trudenberger, Nora Waldhör, Laura Wiednig

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 03/23, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2023, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Mehr Parteidemokratie wagen!

Der bisher holprige Weg der Parteidemokratisierung geht trotz vieler Hürden in eine gute Richtung, die Hoffnung auf eine nachhaltige Stärkung der Mitgliederbeteiligung weckt.

LEA SIX

Lange Zeit hat das Thema „Parteidemokratie“ innerhalb der SPÖ ja eher ein Nischendasein gefristet. Die Labour-Party hat sich im Zuge der Direktwahl des Vorsitzes mehr als verdoppelt (von 190.000 Mitgliedern im Mai 2015 auf 515.000 im Juli 2016). Die SPD führte 2019 eine professionelle Vorsitzwahl durch und schaffte damit Ruhe in der Partei, Einigkeit und schließlich sogar die Eroberung der Kanzler:innenschaft. Die Berliner Genoss:innen konnten heuer über den Koalitionsvertrag der SPD mit der CDU abstimmen und nahmen diesen nur mit einer äußerst knappen Mehrheit an. Die demokratische Einbindung der Mitglieder, wie die genannten Beispiele, dürften an der SPÖ Parteispitze genauso spurlos vorbeigegangen sein wie die vielen innerparteilichen Anträge, unter anderem von der Sektion Acht, die schon seit Jahren eine dringend benötigte Demokratisierung der Parteistrukturen einfordern.

Als im Frühjahr der Führungsstreit zwischen Pamela Rendi-Wagner und Hans Peter Doskozil eskalierte, entschied sich die Parteispitze mehr aus der Not heraus für eine Direktwahl des Vorsitzes durch die Mitglieder. Es rächte sich aber, dass es kein durchdachtes, auf alle Eventualitäten abgestimmtes Wahlverfahren gab. So schienen die Verantwortlichen von den Ereignissen in einem fort überrumpelt zu sein. Insbesondere die Bewerbung eines dritten Kandidaten machte deutlich, woran es haperte:

- Vorab geregelte Fristen für die aktive Wahlberechtigung (bis zu welchem Beitrittsdatum dürfen Neumitglieder wählen?)

- Festgelegte Hürden für Unterstützungserklärungen für Bewerber:innen
- Regeln und Abläufe, auf welche Arten sich die Bewerber:innen in einem fairen Wettbewerb an die Mitglieder wenden können
- Wahlsysteme, die eine:n klare:n Sieger:in mit mehrheitlicher Unterstützung garantieren

Der peinliche Eklat des vertauschten Siegers beim Parteitag selbst war dann nur noch die Spitze des Eisbergs der Pleiten-, Pech- und Pannenserie.

„Über Wochen hinweg dominierten sozialdemokratische Themen die österreichischen Medien.“

Doch wir sollten keinesfalls vergessen: Der Prozess brachte trotz aller Probleme viel Positives hervor. Über Wochen hinweg dominierten sozialdemokratische Themen die österreichischen Medien – oder wann haben wir zuletzt derart intensiv und breitenwirksam über Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung diskutiert?

Und das Wichtigste: Diese unglaubliche Eintrittswelle! Die über 14.000 neuen Mitglieder zeigen ganz deutlich: Bei Hausbesuchen und Bierbänke-Aufstellen mitzumachen ist für viele Mitglieder zu wenig. Eine moderne Partei muss ihre Mitglieder mitentscheiden lassen! Mit Andreas Babler schaffte es

DIE AUTORIN:

Lea Six

ist aktives Mitglied der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund in Wien und kämpft seit Jahren für mehr Mitbestimmung in der SPÖ.



dann zur großen Überraschung derjenige Kandidat an die Spitze, welcher von einer Basisbewegung aus alten und neuen Mitgliedern getragen wurde. Und mit ihm ist nun jemand an der Parteispitze, dem die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder ein tatsächliches Anliegen sind.

„Eine moderne Partei muss ihre Mitglieder mitentscheiden lassen!“

Was braucht es also, um die SPÖ nun endlich zu einer Mitmachpartei zu machen?

Wir haben gesehen, dass eine Vorsitzwahl nur so gut wie ihre vorab vereinbarten Regeln ist.

Es muss klar sein, dass die Bewerbung um die Wahl zum/zur Parteivorsitzenden allen offen steht, die gewisse Hürden erfüllen. Als Sektion Acht schlagen wir beispielsweise vor, dass ein:e Bewerber:in mindestens 500 Unterstützungserklärungen oder die Unterstützung von 5 Bezirksorganisationen

haben muss, um als Kandidat:in zugelassen zu werden.

Um zu garantieren, dass sich die Mitglieder über alle Kandidat:innen ein gutes Bild machen können, sollen alle Kandidat:innen auf der Website der SPÖ sowie bei der Aussendung der Wahlunterlagen präsentiert werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass sich die Parteisekretariate neutral verhalten, dass alle Kandidat:innen Zugang zu den Mitgliederlisten haben und dass Wahlkampfkosten begrenzt werden, sodass kein:e Bewerber:in durch riesige Wahlkampfbudgets einen unfairen Vorteil hat.

Eine gute Vorsitzwahl bringt ein:e Sieger:in hervor, die von einer absoluten Mehrheit der Mitglieder unterstützt wird. Die Situation wie bei der gerade abgehaltenen Vorsitzwahl, bei der drei Kandidat:innen jeweils rund ein Drittel der Stimmen bekommen, ist weder ein eindeutiges, noch ein befriedigendes Ergebnis. Um derartige Ausgänge zu vermeiden, ist es notwendig die „Zweitpräferenzen“ der Wähler:innen zu erfahren. Aus Sicht der Sektion Acht ist hierfür eine Reihungswahl (die Mitglieder reihen die Kandidat:innen nach

ihren Präferenzen auf dem Stimmzettel) die beste Lösung. Notfalls würde auch eine Stichwahl zu mehr Klarheit führen.

„Eine Vorsitzwahl ist nicht das einzige Mittel zur Parteidemokratisierung.“

Eine Vorsitzwahl ist nicht das einzige Mittel zur innerparteilichen Demokratisierung. Als Sektion Acht stellen wir bereits 2018 einen Antrag mit 10 Punkten zur Parteidemokratisierung. Darin enthalten ist u.a. auch die Forderung nach Mitgliederentscheiden, beispielsweise über einen Koalitionsvertrag. Weiters würde die Einführung von Verhältniswahlelementen bei innerparteilichen Wahlen helfen, in Parteigremien auch Minderheitenpositionen abgebildet zu wissen. Auch soll die Erstellung der Wahlvorschläge für öffentliche Ämter durch interne Vorwahlen unter Beteiligung aller SPÖ-Mitglieder erfolgen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Bereiche Transparenz und Information:

die Beschlusslagen der Partei durch angenommene Anträge, Statuten oder Geschäftsordnungen sind teils gut versteckt. Genau dies gehört geändert – eine Antragsdatenbank der letzten Jahre wäre hierfür ein guter Anfang.

Was für die Parteispitze gefordert wird, soll auch vor Ort gelebt werden. Einen Demokratie-Werkzeugkoffer für Sektionen hat die Sektion Acht hier zusammengestellt: www.parteidemokratie.at

Gerade eine Partei wie die SPÖ, bei der die Großspender:innen nun einmal nicht Schlange stehen, ist auf das Engagement ihrer Mitglieder angewiesen. Wir sind überzeugt: Der Weg zu einer lebendigen, starken Sozialdemokratie führt über die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder.

**Mitbestimmung stärken:
Ein wichtiger, nachhaltiger Weg hin zu
einer lebendigen Sozialdemokratie.**



Die Sozialdemokratie und die Macht der Mitglieder

Andreas Babler wurde im Juni zum neuen Bundesparteivorsitzenden der SPÖ gewählt. Vor und nach der Wahl hat er Mitgliederentscheide bei der Vorsitzwahl und auch bei anderen wichtigen Weichenstellungen gefordert.

BERND DOBESBERGER

Die zwischen Tragödie und Farce schwankende Wahl innerhalb der SPÖ im heurigen Frühjahr hat einerseits deutlich gemacht, dass ein Mitgliedervotum auf Interesse stößt bzw. zum Steigen der Mitgliederzahlen führt und andererseits ein konsequenter Weg bis zur endgültigen Entscheidung gegangen werden muss. Die praktizierte Mischung aus Mitgliederbefragung („Stimmungsbild“) und Wahl auf dem Parteitag durch die Delegierten hat sich als inkonsequent und widersprüchlich erwiesen. Andreas Babler hat bereits vor seiner Wahl zum Vorsitzenden angekündigt, dass in Zukunft jede Vorsitzwahl der österreichischen Sozialdemokratie durch die Mitglieder der Partei erfolgen soll. Für den Parteitag im Herbst wird eine entsprechende Änderung des Organisationsstatuts vorbereitet.

In der spärlich geführten öffentlichen Debatte über dieses Vorhaben des neuen Parteivorsitzenden gab es nicht nur Zustimmung, es wurden auch Bedenken geäußert. Der Wiener Bürger-

meister und Parteivorsitzende Michael Ludwig wurde im „Der Standard“ vom 4. Juli so zitiert: *„Die Mitwirkungsmöglichkeiten (der Mitglieder – Anmerkung Redaktion) sind intensiver, wenn man nicht einer Person durch eine Direktwahl sehr viel Macht in die Hand gibt.“*

„Seit Jahren – wahrscheinlich sogar Jahrzehnten – gibt es die Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie, dass Vorsitzende immer mehr Entscheidungs- und Handlungsfreiheit haben.“

Dieser Einwand ist berechtigt. Seit Jahren – wahrscheinlich sogar Jahrzehnten – gibt es die Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie, dass Vorsitzende immer mehr Entscheidungs- und Handlungsfreiheit haben. Dass politische Positionen nach gemeinsamen, demokratischen Diskussionen innerhalb der ge-

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



wählten Parteigremien festgelegt werden, wird seltener. Die alleinige Macht der Vorsitzenden bzw. kleiner Führungskreise wurde größer. So begründet der Linzer Bürgermeister Klaus Luger ebenfalls am 4. Juli in „Der Standard“ seine Ablehnung von Mitgliederentscheidungen zu ausgehandelten Koalitionsvereinbarungen so: *„Ein Koalitionsvertrag ist immer auch eine Abwägung und ein Kompromiss, der in erster Linie von denen verantwortet werden soll, die ihn ausgehandelt haben.“* Bürgermeister Luger befürwortet den Mitgliederentscheid für die Wahl von Vorsitzenden, lehnt aber weitere Entscheidungen durch die Parteibasis ab. Damit geht es in die Richtung der oben zitierten Befürchtung von Wiens Bürgermeister Ludwig.

In den letzten Jahren haben wir in mehreren sozialdemokratischen Parteien Europas erlebt, dass Vorsitzende von den Mitgliedern gewählt wurden, die nicht die Unterstützung der engen

Die Stärkung der Mitgliederbeteiligung, der gemeinsame Austausch und der Ausbau demokratischer Entscheidungsprozesse müssen die Zukunft der SPÖ sein.



Führungszirkel ihrer Partei hatten. Pedro Sanchez wurde 2014 von den Mitgliedern zum Vorsitzenden der sozia-

„In den letzten Jahren haben wir in mehreren sozialdemokratischen Parteien Europas erlebt, dass Vorsitzende von den Mitgliedern gewählt wurden, die nicht die Unterstützung der engen Führungszirkel ihrer Partei hatten.“

listischen Partei Spaniens gewählt, obwohl das Parteiestablishment andere Bewerber:innen favorisierte. Zur neuen Vorsitzenden der italienischen Partito Democratico wurde im heurigen Frühling Elly Schlein von den Mitgliedern und Sympathisant:innen der Partei bestimmt, gegen die Vorstellungen der Parteigranden. Auch die Wahl von Saska Esken und Norbert Peter Walter-Bor-

jans zu den SPD-Vorsitzenden war 2019 keine Entscheidung der Parteigremien, sondern der Mitglieder. Offensichtlich gibt es in sozialdemokratischen Parteien deutlich divergierende Auffassungen zwischen Basis und Führungsschicht. Die von der Parteibasis gewählten Kandidat:innen sind nicht automatisch und immer bessere Parteiführer:innen, aber im Durchschnitt sind sie sicher nicht schlechter. Aber die wachsende Kluft zwischen Basis und Führung der Parteien – auf lange Sicht politisch tödlich – wird geringer.

Was soll aber jetzt der Bundespartei-tag im November 2023 zu dieser Fragestellung beschließen? Die Einbeziehung der Parteimitglieder in die Vorsitzwahl hat positive Auswirkungen gehabt. Die Partei konnte tausende neue Mitglieder gewinnen, wochenlang wurde öffentlich über sozialdemokratische Themen berichtet bzw. diskutiert und die gesamte Parteistruktur wurde belebt und aktiviert. Darauf darf die Partei in Zukunft auf keinen Fall verzichten! Der begründeten Befürchtung mit der

Wahl des Vorsitzes durch die Mitglieder die demokratische Struktur der Partei zu schwächen, muss man mit mehr Demokratie begegnen. Also eben auch die Zustimmung zu Koalitionsabkommen oder die Beschlussfassung von programmatischen Positionen soll in Zukunft

„Der begründeten Befürchtung mit der Wahl des Vorsitzes durch die Mitglieder die demokratische Struktur der Partei zu schwächen, muss man mit mehr Demokratie begegnen.“

bei den Mitgliedern der Sozialdemokratie liegen. Aber nicht nur Mitgliederentscheide müssen ausgebaut werden, auch die gemeinsamen Entscheidungsprozesse in den gewählten Parteigremien müssen intensiviert werden.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



„Wir müssen alle Bereiche der SPÖ mit Demokratie durchfluten!“

SPÖ-Parteivorsitzender Andreas Babler hat das Comeback der Sozialdemokratie gestartet. Er tourt durch alle Bezirke Österreichs und will bis zum Parteitag im November ein neues Organisationsstatut vorlegen. Der „Bildungskurier“ hat mit Andi über die Einbindung der Mitglieder, die Demokratisierung der Partei und seine Pläne für eine schlagkräftige Sozialdemokratie gesprochen.

Bildungskurier: Lieber Andi, bei deiner vielbeachteten Rede am Parteitag hast du gesagt, „Es ist an der Zeit, mehr Sozialdemokratie zu wagen!“

Babler: Ich stehe für eine Politik mit einer klaren Programmatik und für eine SPÖ, die voller Kraft und Stolz ist und sich vor nichts und niemandem fürchtet. Wir stellen wieder rote Themen in den Vordergrund wie die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn, die gerechte Verteilung des Wohlstands und die Abschaffung der Kinderarmut. Wir stehen nicht auf der Seite der Superreichen, sondern machen Politik für unsere Leute. Mehr Sozialdemokratie wagen heißt für mich, zur Gerechtigkeit zurückzukehren.

Bildungskurier: In deinen Reden, Postings und Interviews sprichst du viel vom Rechtsanspruch statt Almosen. Zeichnet das dein Menschenbild aus?

Babler: Ja, denn für mich ist klar, dass alle Menschen Rechte haben: auf eine leistbare Wohnung, gute Bildung, eine erstklassige Gesundheitsversorgung. In einer sozialde-

„In einer sozialdemokratischen Welt sind Menschen keine Bittsteller*innen. Sie haben Rechte!“

mokratischen Welt sind Menschen keine Bittsteller*innen. Wir sind ein offensives Gegenmodell zu ÖVP und FPÖ und für die Rechte, die uns zustehen.

Bildungskurier: In der Sozialdemokratie spürt man eine große Aufbruchsstimmung. Zum ersten Mal seit langem

steigen die Mitgliederzahlen wieder. Wie bewertest du diesen „Babler-Effekt“?

Babler: Seit März 2023 sind über 15.000 Menschen der SPÖ beigetreten. Die SPÖ hat mittlerweile über 150.000 Mitglieder und ist gemessen an der Bevölkerung die stärkste sozialdemokratische Partei Europas. Die vielen Beitritte stärken unsere Bewegung. Für eine starke Sozialdemokratie brauchen wir alle. Vom Mühlviertel bis zum Neusiedler See, von Wien bis nach Vorarlberg. Jedes Mitglied ist wichtig für das Comeback der Sozialdemokratie.

Bildungskurier: Die Stärkung der Rechte der SPÖ-Mitglieder ist dir ein großes Anliegen.

Babler: Politische Mitbestimmung ist die Basis der Durchschlagskraft unserer

„Ich will die SPÖ zu einer modernen Mitmachpartei machen.“

Bewegung. Unsere Mitglieder tragen die Partei. Sie sollen mitbestimmen, in welche Richtung es politisch geht. Wir müssen alle Bereiche der SPÖ mit Demokratie durchfluten. Ich will die SPÖ zu einer modernen Mitmachpartei machen.

Bildungskurier: Wie läuft dieser Demokratisierungsprozess der Partei ab?

Babler: Die Demokratisierung der Partei ist ein breit aufgesetzter Prozess, der seine Zeit braucht. Denn mir ist wichtig, alle einzubinden. Den Startschuss hat der Parteivorstand im Juni mit der Einberufung der Statutenkommission gegeben. In der Sta-

IM INTERVIEW



Andreas Babler (50)

ist seit 6. Juni 2023 Bundespartei-
vorsitzender der SPÖ. Der Vater einer
Tochter und begeisterte Fußball-Fan
ist Bürgermeister von Traiskirchen
und Klubvorsitzender
des SPÖ-Parlamentsklubs.

tutenkommission sind Funktionär*innen der neun Landesorganisationen und der sozialdemokratischen Organisationen vertreten. Die Kommission wird ein neues Organisationsstatut ausarbeiten, das die Mitbestimmung unserer Mitglieder stärkt.

Bildungskurier: Das neue Organisationsstatut soll am Parteitag im November beschlossen werden. Was ist die wichtigste Neuerung?

Babler: Die letzten Monate haben gezeigt, dass die SPÖ neue, offene und transparente Regeln braucht. In Zukunft sollen die Mitglieder direkt über den Parteivorstand entscheiden können. Das will ich am Parteitag in trockene Tücher bringen.

Bildungskurier: Welche Möglichkeiten gibt es für Neumitglieder, die in der SPÖ aktiv werden wollen und sich bei Kampagnen einbringen möchten?

Babler: Für unsere Neumitglieder gibt es neben den regionalen Anlaufstellen in den Orts- und Bezirksorganisationen unsere Themeninitiative „Mitmachen“. Sie ist eine Andockplattform für alle Mitglieder, die sich aktiv einbringen und bei unseren Veranstaltungen, Verteilaktionen und Kampagnen mitmachen wollen. Auch unsere Bundesgeschäftsführer*innen Sandra und Klaus sind hier sehr aktiv, binden unsere Mitglieder aktiv ein und stehen in engem Austausch mit Initiativen von Neumitgliedern.

Bildungskurier: Deine Comeback-Tour, bei der du bis zum Ende des Jahres alle Bezirke Österreichs besuchst, ist in vollem Gang. Was sind deine bisherigen Eindrücke?

Babler: Die Stimmung bei der Comeback-Tour ist unglaublich. Die Energie und die Leidenschaft, die in uns stecken, sind überall spürbar. Das merke ich bei meinen Terminen in ganz Österreich – vom Festivalbesuch in Niederösterreich bis

zum Kirchtag in Kärnten, bei Betriebsbesuchen in Oberösterreich genauso wie am Stadtstrand in Vorarlberg. Die Menschen

„Politik darf nicht in Hinterzimmern stattfinden, sie lebt von Gesprächen und vom Austausch.“

haben genug von einer Politik, die in Hinterzimmern stattfindet und sich nur um die Reichen und Mächtigen kümmert. Sie wollen gehört werden und mitreden. Politik darf nicht in Hinterzimmern stattfinden, sie lebt von Gesprächen und vom Austausch.

Bildungskurier: Stimmt es, dass du auf deiner Tour immer Beitrittsformulare dabei hast?

Babler: (Lacht) Im Zentrum meiner Tour steht der Austausch mit der Bevölkerung, mit den Menschen, die ein Stück des Weges mit der SPÖ gehen wollen. Und das sind sehr viele! Darum gibt es im Rahmen der Tour viele Mitmachangebote und Verteilaktionen. Wir werben um Neu-

mitglieder. Für sie habe ich auch immer Beitrittsformulare eingesteckt.

Bildungskurier: Worauf müssen sich die anderen Parteien einstellen?

Babler: Man muss mit einer selbstbewussten und kantigen Sozialdemokratie in diesem Land rechnen, die gemeinsam mit ihren Funktionär*innen, Mitgliedern und Organisationen sehr erfolgreich und sehr stark sein wird. Die Sozialdemokratie soll den Kanzler stellen. Damit wieder etwas weitergeht in unserem Land und es ein gutes Leben für alle gibt. beurteilen welche Behandlungsoptionen sinnvoll sind, was ein angemessener Preis ist, was die Kosten dahinter sind. Der Patient ist krank, hat vielleicht Schmerzen, der zahlt was verlangt wird. Daher gilt: Je privater ein Gesundheitssystem, desto teurer wird es.

Bei der großen Comeback-Tour in OÖ tourten Andi Babler und Michael Lindner quer durch Oberösterreich und tauschten sich dabei auch mit vielen Mitgliedern intensiv aus.



Foto © MecGreenie

Marxismus: Karl Marx und die Vision einer gerechteren Welt

Seit der Kandidatur von Andreas Babler zum Bundesparteivorsitzenden, der sich als Marxist deklariert, gibt es hitzige Debatten darüber, was Marxismus eigentlich ist.

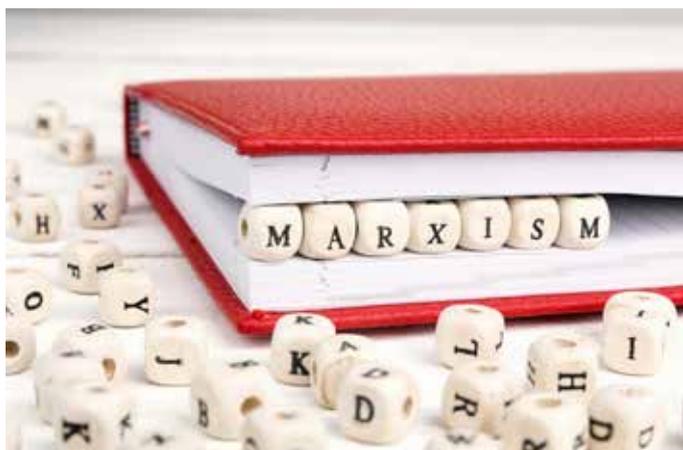
EVA REITER

Während bürgerliche Medien den Begriff oftmals mit gewaltvollen Diktaturen oder utopischen Hirngespinnsten in Zusammenhang bringen, hat er für Sozialist:innen ein ganz andere Bedeutung. Marxismus oder auch historischer Materialismus genannt, geht auf Karl Marx (1818 - 1883) zurück. Karl Marx veröffentlichte 1859 den ersten von insgesamt drei Bänden des Kapitals. Bei

„Marxismus beschreibt sowohl eine eigene Geschichtsauffassung als auch eine spezielle Analyse von Gesellschaft und Wirtschaft.“

diesen drei Bänden handelt es sich um die erste umfassende Analyse und Kritik der kapitalistischen Produktionsweise. Marxismus beschreibt sowohl eine eigene Geschichtsauffassung als auch eine spezielle Analyse von Gesell-

Obwohl die Werke von Marx nicht unumstritten sind, zählt er bis heute zu den bedeutendsten politischen Denkern. Seine Grundkritik am Kapitalismus ist bis heute gültig.



schaft und Wirtschaft. Zwar kann nicht alles von Marx' Lehre 1:1 in die heutige Zeit übernommen werden, jedoch ist seine Grundkritik am Kapitalismus bis heute gültig. Marx ist als Standardliteratur an Universitäten nicht wegzudenken. Selbstverständlich sind seine Werke nicht unumstritten, nichtsdestotrotz zählt Marx bis heute zu den bedeutendsten politischen Denkern.

Marx hat über vieles gesellschaftlich Hochrelevantes geschrieben. Sein Werk ist viel zu umfassend, als dass es möglich wäre es kurz zusammenzufassen. Im Gegensatz dazu ist seine Grundaussage, sowie deren Bedeutung für die politische Praxis einfach zusammengefasst.

Das kapitalistische Gesellschaftssystem baut auf Ausbeutung auf. Ver-

„Das kapitalistische Gesellschaftssystem baut auf Ausbeutung auf. Vereinfacht gesagt teilt sich die Gesellschaft in zwei Klassen.“

einfacht gesagt teilt sich die Gesellschaft in zwei Klassen. Zum einen in Menschen, die arbeiten gehen müssen, um ein Einkommen zu erlangen, um damit überleben zu können. Diese Menschen sind Arbeiter:innen, die darauf angewiesen sind einen Arbeitsplatz zu finden. Auf der anderen Seite stehen Kapitalist:innen,

DIE AUTORIN:

Eva Reiter

ist Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Oberösterreich und SP-Bezirksparteivorstandsmitglied in Vöcklabruck, sowie Mitglied des Landesparteipräsidiums und -vorstandes der SPÖ OÖ.



die Kapital und Produktionsmittel (= alles was zur Produktion gebraucht wird, z.B. Fabriken, Rohstoffe, etc.) besitzen. Die Kapitalist:innen machen seitdem es die kapitalistische Produktionsweise gibt zwar nur den geringeren Anteil der Bevölkerung aus, besitzen jedoch um ein Vielfaches mehr Vermögen als der Großteil der Gesellschaft. Damit einhergeht auch ein größerer gesellschaftlicher Einfluss. Ganz im Sinne des Zitats von Bertolt Brecht „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“ stehen die Interessen und auch Lebensrealitäten der beiden Klassen im Widerspruch zueinander. Während Arbeiter:innen möglichst gute Arbeitsbedingungen und hohe Löhne wollen, werden Kapitalist:innen eben dadurch reich, dass sie Arbeiter:innen möglichst niedrig entlohnen und sie möglichst hohen Profit erreichen.

Diesen Widerspruch anzugreifen, sieht Marx als zentralen Punkt in der politischen Praxis. Laut ihm kann eine tatsächlich gerechte Gesellschaft, in der sich alle nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entfalten können, nur außerhalb einer kapitalistischen Produktionsweise entstehen. Damals so wie heute macht ihm eben dieses Argument zum Erzfeind von Konservativen, Bürgerlichen und vor allem Kapitalist:innen.

Vielfalt im Gemeinderat als politische Strategie

Kommunale Gremien mit unterschiedlichen Persönlichkeiten zu besetzen, macht nicht nur aus emanzipatorischen Gründen Sinn.

LUKAS RUSS

Der Ruf nach mehr Vielfalt und Gleichberechtigung in der Politik macht auch an der Basis nicht Halt. Insbesondere auf kommunaler Ebene sind Frauen in Führungsfunktionen jedoch immer noch stark unterrepräsentiert. Exemplarisch kann hier auf die Anzahl von weiblichen Bürgermeisterinnen in Österreich verwiesen werden: Nur rund 10 Prozent der Gemeinden werden aktuell von Frauen geführt (Gemeindebund, 2023). Damit gab es bis vor kurzem noch mehr Männer mit den Vornamen Josef und Franz in diesem Amt als weibliche Bürgermeisterinnen.

„Nur rund 10 Prozent der Gemeinden werden aktuell von Frauen geführt.“

Der Mangel an Frauen in kommunalen Spitzenfunktionen ist ein großer Nachteil für jede Gemeinde, da die Entscheidungen in diesen Gremien oftmals tief in das alltägliche Leben hineinreichen. Um sicherzustellen, dass die Interessen und Perspektiven aller Bevölkerungsgruppen angemessen berücksichtigt werden, sollten Mandatar:innen auch die Gesellschaft an sich wieder spiegeln. Daher ist es nur von Vorteil

auf inklusive Listenerstellung und Quoten bei Wahllisten zu setzen.

Die bewährtesten Methoden für ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis sind die Quote und der Reißverschluss in der Listenerstellung. Diese Regelungen, die in unserer Partei auch statutarisch verankert sind, besagen, dass auf den Wahllisten sowohl 40 Prozent Männer als auch 40 Prozent Frauen vertreten sein müssen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Frauen und Männer in angemessener Anzahl in Gremien vertreten sind. Das Statut löst aber das Problem mancher Ortsparteien nicht, wenn sie von vornherein zu wenig weibliche Kandidatinnen haben.

„Eine vielfältige Wahlliste trägt so nicht nur dazu bei, die politische Partizipation von Frauen zu fördern, sondern ist auch oftmals für den Wahlerfolg mitentscheidend.“

Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis hat wiederum einen positiven Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse, weil dadurch die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern besser berücksichtigt werden.



DER AUTOR:

Lukas Russ

ist Geschäftsführer des sozialdemokratischen Gemeindevertreter:innenverbands und setzt sich in seiner Funktion als Landessekretär der SoHo OÖ mit Gleichstellungsfragen auseinander.



Eine vielfältige Wahlliste trägt so nicht nur dazu bei, die politische Partizipation von Frauen zu fördern, sondern ist auch oftmals für den Wahlerfolg mitentscheidend. Kandidat:innen aus verschiedenen sozialen und beruflichen Hintergründen können als Multiplikator:innen in verschiedenen Communities, Vereinen und Dorfgemeinschaften auftreten.

Die ethnische und soziale Vielfalt auf Wahllisten soll im besten Fall die Gesellschaft einer Gemeinde widerspiegeln und dadurch eine umfassendere Debatte über zukunftsweisende Themen anstoßen. Es bedarf hier jedenfalls noch weiterer Sensibilisierung und Aufklärung, um das Bewusstsein für die Bedeutung von Inklusion und Diversität in der Kommunalpolitik zu stärken. Denn eine vielfältige Gemeindevertretung trägt nicht nur zur Legitimation politischer Entscheidungen bei, sondern kann die Lebensqualität für alle Bürger:innen im Ort verbessern und zu einer aktiveren und gelebten basisdemokratischen Gesellschaft beitragen.

Mandatar:innen sollten die Vielfalt einer Gesellschaft widerspiegeln, damit die Interessen und Perspektiven aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden.

Gefährliches Desinteresse vor der Europawahl

Nur die Hälfte der Österreicher:innen hält es für wichtig im nächsten Jahr zur Europawahl zu gehen. Eine gefährliche Ausgangsbasis für den Demokratieverhalt im EU-Parlament.

HANNES HEIDE

Die Demokratie in der EU steht vor großen Herausforderungen. Extremismus, Desinformation und eine empfundene Distanz zwischen den Menschen und ihren gewählten Vertreter:innen, nehmen zu. Die Europawahl im Juni 2024 könnte eine Schicksalswahl werden, um die Grundsatzfrage, ob die Union weiter einen gemeinschaftlichen Weg geht, oder sich die Nationalist:innen durchsetzen, die bereits jetzt in einigen Mitgliedstaaten dank den Europäischen Volksparteien Regierungsverantwortung tragen. Eine Stärkung des rechten Flügels, der schon jetzt Abstimmungen boykottiert,

„Leider ist das Interesse an der Europawahl auf einem Tiefpunkt.“

würde konstruktives Arbeiten im Europäischen Parlament erschweren. Leider ist das Interesse an der Europawahl auf einem Tiefpunkt. Nach der Rekordbeteiligung 2019, ist die Bedeutung der Wahl für die Menschen in Österreich von 79 auf 49 Prozent (Umfrage Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Mai 2023) gesunken. Wegen der traditionell gerin-

gen Beteiligung gilt für die Europawahl, mehr noch als auf nationaler Ebene: Jede Stimme zählt.

Was haben wir von Europa?

Um die Menschen für die Wahl zu begeistern, muss Europa in den Regionen spürbarer werden. Ich arbeite stetig daran in den Gemeinden zu informieren, welche Möglichkeiten die EU den Menschen vor Ort bietet. Außerdem versuche ich jene Transparenz zu leben, die nötig ist, um das Vertrauen in das Parlament zu stärken. Die EU sorgt seit ihrer Gründung für Frieden und Stabilität. Freie Grenzen, kostenloses Roaming, eine gemeinsame Währung und zahlreiche Förderprogramme gehören zu den praktischen Vorteilen. Gleichzeitig steht Europa vor Herausfor-

„Es gibt keine Entscheidung auf europäischer Ebene, an der nicht mindestens ein:e Österreicher:in beteiligt ist.“

derungen, die gemeinsame Lösungen erfordern, angefangen vom Klimawandel, über Armutsbekämpfung bis zur Migration. Deshalb muss das mediale

DER AUTOR:

Hannes Heide

vertritt seit 2019 die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und engagiert sich für Regionalentwicklung, Kultur & Bildung sowie Korruptionsbekämpfung.



EU-Bashing endlich aufhören. Es gibt keine Entscheidung auf europäischer Ebene, an der nicht mindestens ein:e Österreicher:in beteiligt ist. Der Bundeskanzler sollte sich deshalb bewusst sein, dass er der wichtigste österreichische Europapolitiker ist.

Beeinflussung aus dem Ausland

Um die Europawahl gegen ausländische Einmischung und Informationsmanipulation zu schützen, fordert das Europäische Parlament eine Wahlreform, die Geräte und Software von Herstellern aus Hochrisikostaat ausschließt und die Rückverfolgung von Parteispenden in Zukunft erleichtert. Außerdem sollen elf zusätzliche Abgeordnetensitze die demografische Veränderung in der Union widerspiegeln. Österreich würde einen weiteren Sitz bekommen. Geplant ist auch eine Prozenzhürde für Parteien. Während in Österreich die vier Prozentmarke gilt, gibt es in der Hälfte der Mitgliedstaaten derzeit keine Sperrklausel für die Europawahl. So ist für Kleinparteien die Europawahl am 9. Juni wohl die letzte Chance auf einen Platz im Parlament.

Bei der Europawahl im Juni 2024 wird eine geringe Wahlbeteiligung befürchtet. Deshalb gilt umso mehr: Jede Stimme zählt.



Macht, Freiheit und Kontrolle: Die Rolle der Medien in der Demokratie

Oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet, kommt der vielfältigen Medienwelt eine große Verantwortung in einer funktionierenden Demokratie zu.

THERESA SCHOBESBERGER

Die Rolle der Medien – ob im TV, in den Printmedien oder den online und sozialen Medien – ist eine der Kontrolle und des „Gatekeepings“. Sie sind maßgeblich für die demokratische Meinungsbildung mitverantwortlich, indem sie über Agenda-Setting die politischen Themen bestimmen. Die Pressefreiheit ist daher eines der wichtigsten Güter einer funktionierenden Demokratie.

Gatekeeping & Agenda-Setting

Ein Gatekeeper ist zu Deutsch ein Türsteher bzw. Pförtner. Seine Aufgabe ist es zu entscheiden, was durch die metaphorische Tür kommt und was nicht. In der Medienwelt bedeutet das zu entscheiden, welche Informationen veröffentlicht werden und welche nicht. Das ist von vielen Faktoren abhängig: Welche Themen bewegen die Menschen? Entspricht es der Blattlinie? Ist die Information exklusiv?

Agenda-Setting bedeutet im weiteren Sinne die Aufgabe zu entscheiden, welchen Themen Aufmerksamkeit gewidmet wird. Im politischen Kontext bedeutet das: Politiker:innen wollen prinzipiell Themenschwerpunkte setzen, die ihrer (potentiellen) Wähler:innenschaft entsprechen. Rechte Parteien wollen über Migration reden, linke Parteien z.B. über Vermögensverteilung. Journalist:innen entscheiden dann, wessen Meinung sie eine Bühne bieten. Die von den Medien so ausgewählten Informationen konsumieren schließlich die Bürger:innen. Somit entscheiden Medientreibende stark darüber, worüber gesprochen wird. So wird der öffentliche Diskurs gestaltet.

Kontrolle

Eine weitere wichtige Funktion der Medien ist die Kontrollfunktion. Ibiza oder auch die ÖVP-Korruptionsaffären wurden von investigativen Journalist:innen

aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht. Es ist also durchaus auch Aufgabe der Medien, Politiker:innen kritisch auf

„Es ist also durchaus auch Aufgabe der Medien, Politiker:innen kritisch auf die Finger zu schauen und Fehler publik zu machen.“

die Finger zu schauen und Fehler publik zu machen. Diese Funktion kann über verschiedene Ebenen ablaufen: Beim Ibiza-Skandal waren es zugespielte Videos eines Informanten, bei den ÖVP-Korruptionsaffären Chats, die an die Öffentlichkeit kamen. Aber auch selbstständige Recherchen von kritischen Journalist:innen haben schon den einen oder anderen Skandal in unserem Land aufgedeckt.

Pressefreiheit

Die Aufgaben in der Medienwelt sind also vielfältig. In einer funktionierenden Demokratie sind Medien unabhängig und kritisch. Die Skandale der letzten Jahre zeigen uns deutlich, dass das jedoch nicht selbstverständlich ist. Die politische Einflussnahme hat unter Ex-Kanzler Kurz einen traurigen Höhepunkt erreicht. Die Nachwirkungen dieses Vertrauensverlustes in die klas-

DIE AUTORIN:

Theresa Schobesberger

ist Pressesprecherin der stv. Klubvorsitzenden Eva-Maria Holzleitner im SPÖ Parlamentsklub. Ihre thematischen Schwerpunkte sind Bildung, Frauen und Familien.



sischen Medien spüren wir noch heute. Durch Transparenz, eine faire Presseförderung sowie klare Regeln bei Inseratenvergaben muss dieses Vertrauen

„In einer funktionierenden Demokratie sind Medien unabhängig und kritisch.“

nun wieder aufgebaut werden, damit die „vierte Gewalt“ ihrer Aufgabe wieder nachkommen kann.

Medien wählen aus, welche Informationen wir Bürger:innen konsumieren. Damit entscheiden sie stark darüber, worüber gesprochen wird.



SPÖ Frauen OÖ

Mehr für Frauen in Pension!

Am 4. August 2023 haben Männer bereits so viel Pension bezogen, wie Frauen erst bis Jahresende erhalten werden. Frauen bekommen immer noch um 40 Prozent weniger Pension als Männer. In Oberösterreich sieht es für Frauen in Pension noch schlechter aus. Hier liegt der Unterschied zwischen Frauen und Männern bei 45,8 Prozent. Damit ist Oberösterreich direkt nach Vorarlberg bundesweites Schlusslicht.

Teilzeitarbeit, geringe Entlohnung sowie Lücken in der Erwerbsbiografie und damit fehlende Versicherungszeiten stellen Frauen im Alter vor große Herausforderungen. Im Jahr 2022 waren 95.000 Frauen armutsbetroffen - mit ihnen meist auch die Kinder. Für sie reicht schon lange das Einkommen nicht mehr zum Leben aus. Im Jahr 2022 machte die Durchschnittspension der Frauen in Oberösterreich gerade einmal 1.155 Euro im Monat aus. Die der Männer war mit 2.046 Euro monatlich beinahe doppelt so hoch. Unabhängig und selbstbe-

SPÖ Frauen OÖ

FemGen – Feminismus verbindet Generationen

Ein feministischer Abend vom **Bündnis 8. März – OÖ-Frauen* verbünden sich**. Gemeinsam sind wir den feministischen Spuren in Linz seit den 80er-Jahren nachgegangen, um die Verbindung der Generationen zu entdecken. In einem Gespräch wurde vom Kampf um das Frauenhaus in Linz - eines der ersten Frauenhäuser in Österreich - in den 1980er Jahren bis hin zu den verschiedensten feministischen Strömungen der heutigen Zeit gesprochen. Mit mehr als 100 Besucher:innen haben wir anschließend den Abend im Zuge

Renner Institut OÖ / SPÖ Landesbildungsorganisation

Vorstellung Landesbildungsgeschäftsführerin/Landesstellenleiterin Renner Institut OÖ – Nicole Trudenberger

Als zukünftige Landesbildungsgeschäftsführerin und Landesstellenleiterin des Renner Instituts Oberösterreich darf ich mich an dieser Stelle kurz vorstellen. Mein Name ist Nicole Trudenberger und ich werde ab Oktober 2023 die Geschäftsführung der Landesbildungsorganisation sowie die Leitung des Renner Instituts Oberösterreich von Annemarie Obermüller übernehmen.

Bereits im Rahmen meiner Ausbildung, im Studium der Wirtschaftspädagogik sowie im Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, lag mir der Bereich Bildung immer besonders am Herzen. Gleichzeitig setze ich mich auch in meiner Funktion als Fraktionsobfrau der SPÖ Niederwaldkirchen und als stellvertretende Bezirksfrauenvorsitzende im Bezirk Rohrbach für die Werte der SPÖ – insbesondere für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit – ein. Aus diesem Grund bietet die Funktion als Landesstellenleiterin für mich die ideale Mög-



Foto © MecGreenie

Die Aktion zum bundesweiten Equal Pension Day 2023 der SP-Frauen OÖ zeigt die schleppende Schließung der Pensionslücke auf und fordert die Bundes- und Landesregierung zum Handeln auf.

stimmt mit 1.155 Euro monatlich? Die nach wie vor sehr traditionelle Verteilung der Rollen, u.a. wenn es um die unbezahlte Care-Arbeit geht, drängt Frauen oftmals in Teilzeit. Rund zwei Drittel der Sorgearbeit wird immer noch von Frauen gestemmt. Hinzu kommt der enorm hohe Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit und das fehlende Angebot bei der Kinderbetreuung.

Gehalts- und Pensionslücke jetzt schließen!



Foto © MecGreenie

des Moviemiento Sommerkinos, mit dem Film „FEMINISM WTF“ von Katharina Mückstein, ausklingen lassen.

Nicole Trudenberger wird ab Oktober Annemarie Obermüller, die diese Position 28 Jahre ausgefüllt hat, als Landesstellenleiterin des RI OÖ ablösen.



lichkeit meine bisherigen Erfahrungen und Kompetenzen im Bildungsbereich mit meinen Wertevorstellungen im Sinne der SPÖ zu verknüpfen. Ich freue mich sehr auf diese neue berufliche

Herausforderung und die Chance, einen Beitrag zur politischen Aus- und Weiterbildung unserer Funktionär:innen zu leisten.

BSA OÖ

Rote Nacht 2023

Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur folgten der Einladung des Bundes sozialdemokratischer Akademiker:innen (BSA) OÖ zur 17. Roten Nacht am 6. Juli 2023 im Linzer Schloss. Mit dem Erlös der Tombola wurde die Aktion „Schenke einen Ferientag“ der Kinderfreunde OÖ unterstützt. Prominente Gäste wie Landesrat und SP OÖ-Vorsitzender Michael Lindner, die Vize-Bürgermeisterin von Linz Tina Blöchl, Landtagsabgeordnete SPOÖ-Klubobfrau Sabine Engleitner-Neu und AK OÖ-Präsident Andreas Stangl waren dabei. Besonders erfreulich: SPÖ-Bundesparteivorsitzender Andreas Babler kam als Überraschungsgast zur Roten Nacht. Der BSA OÖ ist ein Netzwerk von Akademiker:innen, die sich als eine Denkfabrik für die Sozialdemokratie mit Ideen über die Tagespolitik hinaus verstehen.



Der Vorsitzende des BSA OÖ, Stefan Etzelstorfer (im Bild rechts), freute sich über eine gelungene und bestbesuchte Rote Nacht. Er konnte u.a. die Linzer Vize-Bürgermeisterin Tina Blöchl, SPÖ Bundesvorsitzenden Andreas Babler und SPÖ OÖ Vorsitzenden Michael Lindner im Linzer Schloss begrüßen.

Gemeindevertreter:innenverband OÖ / Sozialistische Jugend OÖ / Junge Generation OÖ

2. Jungkommunalpolitiker:innen Netzwerktreffen am Attersee

Ein spannendes Workshop- und Netzwerkwochenende fand von 19. bis 20. August für die jungen Kommunalpolitiker:innen der SPÖ OÖ statt. Das Netzwerktreffen ist ein gemeinsames Projekt von GVV OÖ, SJ OÖ und JG OÖ und startete im März dieses Jahres mit einer Auftaktveranstaltung. Das idyllische Europacamp am Attersee bildete die Kulisse für ein intensives Lern- und Vernetzungserlebnis, das sich auf drei zentrale Themen konzentrierte: Klimaschutz, Frauenförderung und aktiver Aktionismus in der Gemeindepolitik. Neben den Workshops bot das Fortbildungswochenende am Attersee zahlreiche Möglichkeiten für Austausch unter den jungen Politiker:innen. Es ging vor allem darum Erfahrungen zu teilen und künftige Kooperationen zu planen. Zudem ermöglichte die einzigartige Atmosphäre des Attersees Momente der Erholung und Reflexion, die für eine nachhaltige politische



Arbeit von unschätzbarem Wert sind. Den Abend ließen die Teilnehmer:innen nach dem Kamingsgespräch mit Rechtsexperten Heinz Bindeus gemütlich am Attersee ausklingen.

Sozialistische Jugend OÖ

Bildungswerkstatt 2023

Die Bildungswerkstatt ist das größte Seminar der Sozialistischen Jugend Österreich mit über 200 Jugendlichen, die sich vier Tage lang mit verschiedenen Inhalten beschäftigen. Workshops gibt es zu zahlreichen Themen wie Feminismus, Klimaschutz, politischer Theorie oder Medienkompetenz.

„Ändere die Welt – Sie braucht es!“

Das ist das Motto der Bildungswerkstatt. Denn nur wenn wir uns weiterbilden und uns politische Strategien überlegen, können wir gemeinsam die Welt verändern - für ein schönes Leben für alle! Natürlich darf der Spaß dabei nicht fehlen: Direkt in der Unterkunft kann man tagsüber Zeit im Hallenbad verbringen, draußen die Aussicht auf den Wörthersee genießen und den Abend bei legendären Partys ausklingen lassen. Dabei sein lohnt sich!

BILDUNGSWERKSTATT 2023

Wann: 26. bis 29. Oktober 2023 (Nationalfeiertag)
Wo: Cap Wörth, Velden am Wörthersee in Kärnten
Anmeldung und Fragen:
 BIWE | SJÖ (sjoe.at) oder unter 0664/1438409



Renner Institut OÖ

Lehrgang „Strategische Werkstatt für Führungskräfte“ endete am Parteitag

Parallel zum letzten Lehrgangsmodule der ‚Strategischen Werkstatt für Führungskräfte‘ fand der Parteitag in Linz statt. Diese unerwartete Gleichzeitigkeit veranlasste die beiden Trainierenden Gwendolin Jungblut und Achim Moeller zu einer Umstellung des Programms. Was dem Gehalt und der Intensität des Lehrstoffs keinen Abbruch tat. Hatte man doch ein Fallbeispiel live zur Hand und konnte die Parteitagsreden analysieren sowie auf Inhalt und Präsentation abklopfen. Zum Kamingsgespräch war dieses Mal die Leondinger Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek eingeladen. Das moderierte Gespräch mit der Bürgermeisterin förderte nicht nur wertvolle Erfahrungen über die Praxis der Kommunalpolitik, sondern auch viel Motivation und Gestaltungswillen bei den Teilnehmer:innen zu Tage.

Schlussresümee: Dieser Lehrgang ist eine wichtige Unterstützung für politische und hauptamtliche Führungskräfte in der SPÖ, um die Basis für strategisches Handeln zu vergrößern und sich strukturiert auf freundschaftlicher Ebene auszutauschen.



Beim letzten Kamingsgespräch der Strategischen Werkstatt gab Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek erkenntnisreiche Einblicke in die Mechanismen der Kommunalpolitik.



Viel politisch Nützlich gelernt, tragfähige Netzwerke geknüpft, Freundschaften geschlossen – die Teilnehmer:innen des zweiten Durchgangs der „Strategischen Werkstatt für Führungskräfte“ zeigten sich beim letzten der sechs Module hoch zufrieden.

 menschenrechte
symposium

 BEWUSSTSEINS
REGION
Mauthausen - Gusen - St. Georgen

SIEBTES INTERNATIONALES
MENSCHENRECHTESYMPOSIUM

9. – 12. NOVEMBER 2023

” THEMENSCHWERPUNKT
ANERKENNUNG ALS
RECHTSPERSON.

 menschenrechtessymposium.eu